

Mitwirken, mitentscheiden, mitverantworten

Kommunalpolitisches Forum in Frankfurt

Mitwirken, mitentscheiden, mitverantworten – Was ist eine Bürgergesellschaft? – so lautete der Titel eines Kommunalpolitischen Forums in Frankfurt anlässlich des Internationalen Jahrs der Freiwilligen.

Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth sprach vor etwa 180 Gästen im Auditorium der Commerzbank über „Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in einer Großstadt“. Sie streifte die breite Palette großstädtischer Aufgabenfelder, in denen sich Menschen freiwillig und ehrenamtlich betätigen. Die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung sei nicht nur die Kehrseite der Freiheit, Mitwirkungsrechte und Mitwirkungsverantwortung bedingen einander. Identitätsstiftung und Integration seien gerade in einer Großstadtgesellschaft unverzichtbare Ziele gemeinwohlorientierter Arbeit, die sich allerdings in einem schwieriger gewordenen gesellschaftlichen Umfeld behaupten müsse. Flexibilisierung der Arbeitszeit, Kommerzialisierung der Freizeit, Tendenzen zur Entsolidarisierung im Alltag oder die Auflösung sozialer Milieus seien hier als Beispiel angeführt. So müssten die Vereine schon im eigenen Interesse ihre Binnenstrukturen und Organisationsformen überprüfen und Wege zur ziel- und projektorientierten Mitgliedschaft öffnen.

Für die Stadt sieht Petra Roth eine wichtige Funktion darin, Kommunikation und Marketing im Bereich der Freiwilligenarbeit zu verstetigen und zu intensivieren. Öffentliche Anerkennung sollte das Ehrenamt vom Odeur der Vereinsmeierei befreien und seine gesellschaftliche Bedeutung betonen. Entschieden zu viele Verdienstorden werden nach Meinung der Oberbürgermeisterin für berufliche Leistungen verliehen, zu wenige dagegen an ehrenamtliche Helfer, vor allem an Frauen.

Christa Thoben führte einige grundsätzliche Betrachtungen über das Verhältnis von Staat, Politik und Individuen an.



Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth und Andreas von Below, Leiter der KAS-Hauptabteilung Politische Bildung und Kommunalpolitik

Richtig verstanden bedeute Politik „auf die Durchsetzung bestimmter Ziele und Zwecke, auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens gerichtetes Verhalten und rationales Handeln von Individuen, Gruppen, Organisationen, Parteien, Klassen, Parlamenten“. In einer wahren Bürgergesellschaft ist also „jeder Bürger der Staat“. Wer diese Definition ernst nimmt, muss allerdings „den Staat“ neu durchdenken. Die Bürgergesellschaft ist kein abschließend definiertes Ziel, sondern ein freiheitliches Ordnungsmodell, das Vielfalt ermöglicht, Mittun und Engagement anspricht und einwirbt. Die Politik in einem solchen Modell erfahre keinen Machtverlust, sondern es fände eine Macht- und Zuständigkeitsverschiebung gegenüber dem derzeitigen Zustand hin zu mehr Selbstorganisation der Gesellschaft statt.

Die „Gesellschaft“ – zumindest einige Repräsentanten der Frankfurter Bürgerschaft – diskutierte anschließend auf dem Podium: Thomas Sittler, Vorsitzender des Stadtverbandes Frankfurter Vereinsringe e.V., Dr. Rolf Müller, Präsident des Landessportbundes Hessen, Clemens Greve, Geschäftsführer der Frankfurter Bürger-Stiftung, Susanne Däbritz, Geschäftsstelle des Internationalen Jahres der Freiwilligen, und als Gast aus den Niederlanden Henk Kinds, dessen Agentur „Community Partnership Consultants“ Kommunikation und Kooperation zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen initiiert und begleitet.

Das Ehrenamt ist nicht in seiner Existenz gefährdet, aber in einer Wert-

schätzungskrise, so könnte man die Diskussion unter der Moderation von FAZ-Redakteur Manfred Köhler zusammenfassen. Naheliegender also, dass die gegenwärtige Diskussion um monetäre Vergütung ehrenamtlicher Leistungen bis hin zu Überlegungen einer Anrechnung bei der Rente eher mit Skepsis

kommentiert wurden. Allzu leicht könnte damit auch das freiwillige Engagement in die Nähe jener Service- und Dienstleistungsmentalität geraten, der es ja eigentlich etwas anderes entgegensetzen will.

„Was bringt mir das?“ ist eine völlig legitime Frage – so eine der Kernaussagen im Abschlussreferat von Doris Appel vom Frankfurter „BüroAktiv“, einer Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement. Das Kontrastprogramm zum Berufsalltag, so Doris Appel, kann ebenso auslösendes Moment sein, wie eine durchlebte Leiderfahrung. Ehrenamt sollte von seinem „sozialen Samariter-Image“ befreit werden. Es ist eher „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Jenseits aller Motivationsforschung sind bei der Förderung des Bürgerengagements noch einige ganz profane Hausaufgaben zu erledigen. So ist der Versicherungsschutz – eigentlich eine Selbstverständlichkeit – noch immer nicht zufriedenstellend gelöst. Es fehlen häufig klare Arbeitsplatzbeschreibungen und somit Abgrenzungen zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Dieses Problem ist vor allem für den sozialen Bereich relevant, damit in der Betreuung hilfsbedürftiger Menschen keine „verschwommenen Verantwortlichkeitsbereiche“ entstehen. Der Umgang mit Ehrenamtlichen müsste darüber hinaus in einschlägigen Curricula berücksichtigt werden. Auch die allseits gewünschte Qualifizierung von Ehrenamtlichen könnte mit einer klaren Freistellungsregelung gefördert werden.

Ursula Gründler